

Festlegungsprotokoll zum Scopingtermin vom 19.11.2015



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und Bergwesen

Dezernat 33
Besondere Verfahrensarten

K O P I E

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / Saale

Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co. KG
Herrn Dr. Heidecke
Wiedersdorfer Straße 3
39126 Magdeburg

**Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben Kiessandta-
gbau Magdeburg Großer Anger
Festlegungsprotokoll zum Scopingtermin gemäß § 52 Abs. 2a BBergG
in Vorbereitung des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens**

Ihr Zeichen:

15.12.2015
33.16-05120-5241-23301/2015

Herr Kießling
Durchwahl 0345/5212204

Sehr geehrter Herr Dr. Heidecke,

die Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co. KG plant den Abbau des grundeigenen Bodenschatzes „Quarz und Quarzit“ gemäß § 3 Abs. 4 BBergG im grundeigenen Feld Magdeburg Großer Anger auf einer Fläche von ca. 93 ha. Da das Vorhaben nach § 57c Bundesberggesetz (BBergG) einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bedarf, ist ein Rahmenbetriebsplan nach § 52 Abs. 2a BBergG aufzustellen und für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren nach Maßgabe der §§ 57a und 57b BBergG durchzuführen ist.

Zur Erörterung des Gegenstandes, des Umfangs und der Methoden der UVP wurde am 19.11.2015 ein Scopingtermin durchgeführt.

In der Anlage erhalten Sie die Niederschrift zum Scopingtermin zu Ihrer Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Kießling

Köthener Str. 38
06118 Halle / Saale
Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10

E-Mail: poststelle
@lagb.mw.sachsen-anhalt.de
E-Mail-Adresse nur für formlose Mit-
teilungen ohne elektronische Signatur
Internet:
www.lagb.sachsen-anhalt.de

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Fil. Magdeburg
BLZ 810 000 00
KTO 810 015 00

IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

Anlage: Niederschrift zum Scopingtermin

Niederschrift zum Scopingtermin vom 19.11.2015

Festlegungsprotokoll zum Scopingtermin gemäß § 52 Abs. 2a BBergG in Vorbereitung des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens zum Vorhaben Kiessandtagebau Magdeburg Großer Anger der Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co. KG

Vorhaben: Kiessandtagebau Magdeburg Großer Anger

Antragsteller: Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co.KG
Wiedersdorfer Straße 3
39126 Magdeburg

Verhandlungsort: Landesamt für Geologie und Bergwesen
Sachsen-Anhalt (LAGB)
Köthener Straße 38
06118 Halle/Saale

Verhandlungsleitung: Herr Desselberger
LAGB, Dezernatsleiter 33 – Besondere Verfahrensarten

Schriftführer: Frau Vainer, LAGB, Dezernat 33
Herr Kiesling, LAGB, Dezernat 33

Datum, Uhrzeit: 19.11.2015, 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

1. Einführung

Die Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co. KG (Unternehmer) betreibt neben den Kiessandtagebauen Tornitz II, Barby und Barby-Süd im Norden von Magdeburg den Kiessandtagebau Barleben innerhalb der Grenzen des Bergwerksfeldes Barleben Nr. III-A-E-f-804/90/216. Die dort im Nassschnitt gewonnenen Kiessandvorräte werden in 2 bis 3 Jahren erschöpft sein.

Das als Anschlusslagerstätte vorgesehene Vorhaben Kiessandtagebau Magdeburg Großer Anger liegt ebenfalls im Norden der Stadt Magdeburg. Die Bodenschätze der 95,83 ha großen Lagerstätte im Feld „Magdeburg Großer Anger“ wurden durch das LAGB mit Bescheid vom 21.12.2009 als grundeigener Bodenschatz nach § 3 Abs. 4 Nr. 1 BBergG eingestuft. Die Lagerstätte Magdeburg Großer Anger wird durch den als Damm bestehen bleibenden Burgenser Weg in ein nördliches und ein südliches Abbaufeld getrennt. Das Südfeld wird begrenzt durch die Bundesautobahn (BAB) A2, die Bahnlinie und den Burgenser Weg und hat eine Flächengröße von ca. 32,3 ha. Das Nordfeld liegt zwischen der Bahnlinie, der Schrote (Gewässer I. Ordnung) und dem Burgenser Weg und umfasst eine Fläche von ca. 60,7 ha. Insgesamt ist eine Abbaufäche von ca. 93 ha vorgesehen.

Für die Aufbereitung und den Transport der in der Lagerstätte Magdeburg Großer Anger gewonnenen Kiessande sollen die bereits bestehenden Aufbereitungsanlagen am Standort des Kieswerks Rothensee sowie die entlang des Burgenser Wegs vorhandenen Gurtförderanlagen weiter genutzt werden.

Der Kieswerksstandort befindet sich unmittelbar an der Aus- und Auffahrt Magdeburg-Rothensee der BAB A2, so dass der überwiegende Anteil der Lastkraftwagen das Kieswerksgelände ohne Ortsdurchfahrten erreicht. Nördlich grenzt das Kieswerk an das Industriegebiet Magdeburg Rothensee, so dass die in der Region vorhandenen Kunden ebenfalls wie bisher ohne Beeinträchtigungen des innerstädtischen bzw. innerörtlichen Verkehrs mit Kiesen und Sanden versorgt werden können. Darüber hinaus erfolgt die überregionale Marktversorgung ausschließlich über dem Magdeburger Hafen oder alternativ über eine Verladestelle direkt am Mittellandkanal.

Mit Schreiben vom 01.08.2014 hatte das Planungsbüro Dr. Fahlbusch und Partner dem LAGB eine Kurzdokumentation zur Prüfung des Genehmigungsverfahrens zu dem in Planung befindlichen Vorhaben Kiessandtagebau Magdeburg Großer Anger vorgelegt.

Gemäß § 1 Nr. 16 Raumordnungsverordnung (RoV) ist für bergbauliche Verfahren, soweit sie der Planfeststellung nach § 52 Abs. 2a bis 2c BBergG bedürfen, zunächst ein Raumordnungsverfahren durchzuführen.

Das Landesverwaltungsamt hat mit dem Schreiben vom 03.06.2013 in Abstimmung mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg (RPM), der zuständigen Ämter und Behörden der Landeshauptstadt Magdeburg entschieden, dass auf Grund des Vorliegens der entsprechenden Voraussetzungen im vorliegenden Fall auf die Durchführung eines gesonderten Raumordnungsverfahrens verzichtet werden kann bzw. dass die Raumverträglichkeit des Vorhabens im Rahmen des erforderlichen bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens zu beurteilen ist.

Für ein bergrechtliches Vorhaben ist gemäß § 52 Abs. 2a Bundesberggesetz (BBergG) die Aufstellung eines Rahmenbetriebsplans zu verlangen und für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren nach Maßgabe der §§ 57a und 57b BBergG durchzuführen, wenn ein Vorhaben nach § 57c BBergG einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf.

Das geplante bergbauliche Vorhaben mit einer beabsichtigten Abbaufäche von ca. 93 ha bedarf gemäß § 1 Nr. 1 Buchstabe b), Doppelbuchstaben aa) und bb) der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) einer Umweltverträglichkeitsprüfung, da die Größe der beanspruchten Abbaufäche 25 ha überschreitet und in Folge des geplanten Nassabbaus die Notwendigkeit einer nicht lediglich unbedeutenden und nicht nur vorübergehenden Herstellung eines Gewässers besteht.

Das LAGB ist nach § 142 Abs. 1 BBergG i. V. m. dem Erlass „Zuständigkeiten der Behörden nachdem Bundesberggesetz im Land Sachsen-Anhalt“ des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom 12.03.1991 und dem Beschluss der Landesregierung vom 27.11.2001 über die Verschmelzung der Bergämter Halle und Staßfurt und des Geologischen Landesamtes Sachsen-Anhalt die zuständige Behörde für die Durchführung von Planfeststellungsverfahren nach § 52 Abs. 2a BBergG und §§ 57a und 57b BBergG.

Entsprechend § 52 Abs. 2a BBergG ist das LAGB als zuständige Genehmigungsbehörde verpflichtet, für ein bergbauliches Vorhaben, das nach § 57c BBergG einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf, die Aufstellung eines Rahmenbetriebsplans zu verlangen und für dessen Zulassung ein bergrechtliches Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Mit der Entscheidung vom 07.08.2014 (Az.:17-05120-5241-12653/2014) hatte das LAGB das Unternehmen dazu aufgefordert.

Gemäß § 52 Abs. 2a BBergG führte das LAGB am 19.11.2015 auf der Grundlage der vom Unternehmen vorgelegten Beratungsvorlage vom August 2015 und der dazu eingeholten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einen Scopingtermin durch.

Der Scopingtermin dient der Feststellung des Umfanges der Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren. Die für die UVP bedeutsamen Angaben im Sinne § 57a Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 BBergG i. V. m. § 2 UVP-V Bergbau sind durch den Unternehmer als Träger des Vorhabens beizubringen.

Die Anforderungen eines vorsorgenden Umweltschutzes nach § 52 Abs. 2a Satz 3 BBergG, die über die Zulassungsvoraussetzungen des § 55 BBergG sowie der auf das Vorhaben anwendbaren Vorschriften in anderen Gesetzen hinausgehen, sind als öffentliche Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG entscheidungsrelevant. Die bergrechtliche Planfeststellung schließt gemäß § 57b Abs. 3 Satz 1 BBergG andere Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Planfeststellungen ein. Diese materiell-rechtlichen Genehmigungen sind für den Umfang der Antragsunterlagen ausschlaggebend.

Dem Unternehmer soll im Ergebnis des Scopingtermins mitgeteilt werden, welche entscheidungserheblichen Daten er beizubringen hat. Weiterhin dient der Scopingtermin dem Unternehmer dazu, Informationen darüber zu erhalten, bei welchen Ämtern und Behörden ggf. vorhandene Untersuchungsergebnisse nach § 57a Abs. 3 BBergG durch das Unternehmen abgefordert werden können. Bei dem im Scopingtermin festgelegten Untersuchungsgegenstand, dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungsmethoden handelt es sich jedoch um eine vorläufige Festlegung, die gegebenenfalls im Verlauf des Verfahrens verändert werden kann. Die Entscheidung darüber trifft letztendlich das LAGB als Planfeststellungsbehörde.

2. Erörterung von Gegenstand, Umfang und Methode der Umweltverträglichkeitsprüfung

2.1 Allgemeines und vorliegende Stellungnahmen

Im Scoping-Termin (§ 5 UVPG) werden den zu beteiligenden Behörden und Naturschutzverbänden die geplanten Maßnahmen vorgestellt und erörtert. Diese haben dann die Möglichkeit, sich mittels Hinweisen und Forderungen einzubringen. Der Termin dient somit der gegenseitigen Information des Trägers des Vorhabens einerseits und der Behörden und Verbände andererseits. Der endgültige Umfang des Untersuchungsraumes und der beizubringenden Unterlagen wird dann von der Planfeststellungsbehörde festgelegt. Der Träger des Vorhabens führt daraufhin die noch notwendigen Untersuchungen durch und stellt die Unterlagen zusammen. Diese sind Bestandteil des Antrags zur Durchführung des eigentlichen Planfeststellungsverfahrens.

Die im Auftrag des Unternehmens erarbeitete Beratungsunterlage vom August 2015 wurde in Vorbereitung des Scopingtermins den Ämtern und Behörden deren Aufgabenbereiche im Sinne des § 7 UVPG betroffen sind, den Gebietskörperschaften, den 14 im Land Sachsen-Anhalt anerkannten Naturschutzvereinigungen und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Medienversorgern übersandt und ihnen damit Gelegenheit gegeben, sich mit Hinweisen und gegebenenfalls auch Änderungen zum Untersuchungsgegenstand, zum Untersuchungsumfang und zu den Untersuchungsmethoden der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) sowie sonstigen entscheidungserheblichen Fragen zu äußern.

Folgende Behörden und Gebietskörperschaften haben sich zur Beratungsvorlage schriftlich geäußert:

- Interoute Germany GmbH vom 15.09.2015,
- E-MS Erdgas Mittelsachsen GmbH vom 15.09.2015,
- Unterhaltungsverband „Untere Ohre“ vom 14.09.2015,
- Avacon AG vom 15.09.2015,
- Vodafone Kabel Deutschland GmbH vom 22.09.2015,
- Landschaftspflegeverband „Grüne Umwelt“ e. V. für den Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. vom 22.09.2015,
- Wasser- und Schifffahrtsamt Magdeburg vom 22.09.2015,
- Gemeinde Barleben vom 22.09.2015,
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, Geschäftsbereich Betrieb und Unterhaltung, Flussbereich Schönebeck vom 30.09.2015,
- Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg vom 02.10.2015,
- Landesamt für Umweltschutz vom 02.10.2015,
- Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG vom 09.10.2015,
- Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte vom 15.10.2015,
- Landkreis Börde vom 15.10.2015,

- Landesverwaltungsamt vom 28.10.2015,
- GDMcom für ONTRAS Gastransport GmbH, VNG Gasspeicher GmbH und GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH vom 03.11.2015,
- Landesverwaltungsamt, Ref. 402 - Immissionsschutz vom 09.11.2015,
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, Ref. 44 vom 10.11.2015,
- NABU LV Sachsen-Anhalt e.V. vom 16.11.2015.

Dem Unternehmen wurden bzw. werden diese Stellungnahmen in Kopie zur Kenntnis und Berücksichtigung übergeben.

Die am Scopingtermin teilnehmenden Stellen und Personen sind der als Anlage 1 beigefügten Teilnehmerliste zu entnehmen.

Neben Vertretern des Unternehmens, des LAGB und des Planungsbüros Dr. Fahlbusch waren 4 Vertreter der Landeshauptstadt (LH) Magdeburg - untere Landesentwicklungsbehörde, untere Bodenschutzbehörde, untere Naturschutzbehörde und untere Wasserbehörde), 2 Vertreter des LK Börde - untere Naturschutzbehörde und untere Wasserbehörde und jeweils 1 Vertreter des Landesamtes für Umweltschutz und des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie anwesend.

Ihre Teilnahme am Scopingtermin abgesagt hatten das MLV, REP Magdeburg, Gemeinde Barleben, das Landesverwaltungsamt, der NABU LV Sachsen-Anhalt e.V.

Die Vorstellung des Unternehmens und des Vorhabens erfolgten durch den Geschäftsführer des Unternehmen Herrn Dr. Heidecke und durch den Vertreter des beauftragten Planungsbüros Herrn Dr. Fahlbusch. Die beabsichtigte Laufzeit des Vorhabens wurde, basierend auf einer jährlichen Fördermenge von ca. 550.000 t, mit 25 Jahren angegeben. Der Aufschluss des Tagebaues sei im südlichen Teilfeld von Ost nach West vorgesehen. Anschließend soll sich der Tagebau nach Norden weiter entwickeln. Der Burgenser Weg, als nicht öffentlicher Weg, bleibe auch während des Abbaus zur Nutzung als Aufstandsfläche für die Landbandanlage und als Zufahrtsweg zum Kieswerk in Form eines Dammes erhalten. Für den entstehenden südlichen Kiessee sei nach Auskiesung eine Folgenutzung zur Erholung und als Badegewässer und für den nördlichen Kiessee eine naturschutzfachliche Nachnutzung vorgesehen.

Im Folgenden wurden die Hinweise und Bedenken aus den eingegangenen Stellungnahmen schutzgutbezogen behandelt.

2.2 Belange der Raumordnung

Auf Grund von Ungereimtheiten bei den Angaben der Vorratsmenge in der Beratungsvorlage verglichen mit früheren Angaben bat der Verhandlungsleiter den Planer um Überprüfung der Grenzen der Abbauplanung und der Vorräte.

Der Verhandlungsleiter, Herr Desselberger, stellte weiter fest, dass

- im Regionalen Entwicklungsplan (REP) der Stadt Magdeburg (Beschluss vom 17.05.2006) die Vorhabensfläche Magdeburg Großer Anger bisher keine Berücksichtigung als Vorrangfläche für die Rohstoffgewinnung Berücksichtigung fand; andererseits stünde dem Vorha-

ben im REP auch keine andere vorrangige Nutzung entgegen.

- im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) der LH Magdeburg die Fläche als LN-Fläche dargestellt sei,
- die Fläche zu 100% Bestandteil des mit der Schutzgebiets-VO von 1964 festgesetzten Landschaftsschutzgebietes „Barlebener-Jerslebener See mit Elbeniederung“ sei; dafür zuständig sei die untere Naturschutzbehörde der LH Magdeburg,
- die LSG-VO von 1994 des Landkreises Börde sich gemäß den Angaben der Vertreter der Stadt Magdeburg nicht auf das Stadtgebiet der Landeshauptstadt bezögen. Somit sei keine Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Börde gegeben. Dies werde sich voraussichtlich auch nicht im Rahmen der 2016 vorgesehenen neuen Schutzgebietsverordnung ändern.

Herr Dr. Fahlbusch teilte mit, dass der FNP der LH Magdeburg gegenwärtig neu aufgestellt werde. Im Entwurf sei die Vorhabensfläche als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung vorgesehen. Das Vorhaben sei privilegiert im Außenbereich.

1. Festlegung:

Die Zustimmung für das Vorhaben ist von der LH Magdeburg einzuholen. Eine Änderung des FNP ist nicht erforderlich.

Die Stadt Magdeburg verwies auf die Möglichkeit einer nachträglichen Übernahme des Vorhabens in den FNP.

2. Festlegung:

Es ist zu prüfen, ob sich aus der Schutzgebiets-VO von 1964 Verbotstatbestände ergeben. Das Unternehmen hat dann mit dem Rahmenbetriebsplan einen Antrag auf Befreiung von den Verboten der Schutzgebiets-VO zu stellen. Über den Antrag entscheidet das LAGB im Planfeststellungsverfahren im Benehmen mit der sonst zuständigen Behörde, d. h. mit der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Magdeburg.

2.3 Schutzgut Mensch einschließlich menschliche Gesundheit

2.3.1 Lärm

Von Herrn Desselberger wurde ausgeführt, dass der Aufbereitungsstandort und die bereits vorhandenen Landbandanlagen zum Transport des gewonnenen Kiessandes weiter genutzt werden sollen. Die Nähe des Abbaufeldes zum Erholungsgebiet Barlebener See (Feriensiedlung) erscheint konfliktträchtig, daher seien die vom Vorhaben ausgehenden Lärmemissionen zu prüfen.

Herr Dr. Fahlbusch bemerkte dazu, dass dem RBP ein entsprechendes schalltechnisches Gutachten (beauftragt werden soll voraussichtlich Herr Dr. Zöllner, Magdeburg) beigelegt werden soll. Da eine Feriensiedlung laut der TA Lärm nicht gleichzusetzen sei mit einem Wohngebiet, sei für die Gesamtbelastung ein Immissionswert tagsüber von 60 dB/A einzuhalten. Entsprechend der geplanten Tagebauentwicklung werde sich der Abbau von der Ortslage Barleben entfernen. Darüber hinaus werde das Lärmgeschehen im Süden von der an das Vorhaben angrenzenden BAB A2 dominiert. Eine weitere Vorbelastung stelle das Gewerbe- und Industriegebiet Magdeburg Rothensee im Osten dar. Die Lärmausbreitungen nach Norden und Westen werden im Gut-

achten entsprechend bewertet werden. Darüber hinaus solle zur Gewinnung ein elektrischer Saugbagger eingesetzt werden, der zwar zu sehen, aber wohl kaum zu hören sein werde.

Herr Dr. Heidecke antwortete auf die Bedenken der Stadt Magdeburg hinsichtlich der Festlegung von Arbeitszeiten, dass von Seiten des Unternehmens weder Nachtarbeit noch Sonntags- oder Feiertagsarbeit vorgesehen sei. Die Durchführung von Gewinnungsarbeiten am Wochenende sei ebenfalls in der Regel nicht geplant.

3. Festlegung:

Als Anlage zum Rahmenbetriebsplan ist ein schalltechnisches Gutachten zu erstellen.

4. Festlegung:

Die Bungalowsiedlung ist als Immissionspunkt (IP) im Schallgutachten zu berücksichtigen. Der dort einzuhaltende Richtwert ist in Abstimmung mit der Stadt Magdeburg unter Berücksichtigung der Vorbelastungen festzulegen.

Herr Desselberger wies die Stadt Magdeburg darauf hin, dass mit Nebenbestimmungen im Beschluss die Möglichkeit besteht, bei Annäherung an die Bungalowsiedlung die Durchführung von konkreten Kontrollmessungen zu verfügen.

2.3.2 Staub, Luft

Herr Dr. Fahlbusch erläuterte, dass auf Grund der Nassgewinnung, Nassaufbereitung und der Transporttechnologie keine Prognoserechnung zu Staubemissionen erforderlich werde. In den letzten Jahren seien diesbezüglich keine Beschwerden im Rahmen des bisherigen Betriebes zu verzeichnen gewesen. Vom aufsichtführenden Dezernat des LAGB wurde dies bestätigt.

5. Festlegung:

Die bereits genehmigten und im Rahmen des Vorhabens Magdeburg Großer Anger weiter genutzten Aufbereitungs- und Transportanlagen sind hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen im Verfahren mit zu bewerten und zu prüfen, d. h. das Kieswerk und die damit in Zusammenhang stehenden Anlagen, die bereits auf der Grundlage von Sonderbetriebsplänen durch das LAGB zugelassen wurden, sind auch Bestandteil des Rahmenbetriebsplans und im UVP-Verfahren hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen mit zu bewerten. Die für das planfestzustellende Vorhaben relevanten, bereits bestehenden Sonderbetriebspläne sind dem Rahmenbetriebsplan als Anlage beizufügen.

Herr Dr. Fahlbusch bat in diesem Zusammenhang um Auskunft bezüglich des weiteren Umganges mit der im Rahmen des aktiven Vorhabens KST Barleben erteilten wasserrechtlichen Erlaubnis zur Entnahme und Einleitung von Prozesswassers für die stationäre Aufbereitungsanlage.

Herr Desselberger antwortete, dass auch bei gleichbleibender Gewässerbenutzung (zurzeit Barlebener See II) und Beibehaltung der Standorte der Entnahme- und Einleitstellen im Zusammenhang mit dem in Rede stehenden Vorhaben eine neue wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen sei und die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser in der UVP erneut mit zu betrachten seien. Die alte wasserrechtliche Erlaubnis erlösche zum Zeitpunkt der Einstellung der Rohstoffgewinnung und Aufbereitung aus dem betriebenen KST Barleben bzw. durch Verzicht bei Erteilung der neuen wasserrechtlichen Erlaubnis.

6. Festlegung:

Mit dem Rahmenbetriebsplan sind dem LAGB die entsprechenden Angaben zur Erteilung einer neuen wasserrechtlichen Erlaubnis vorzulegen und der Verzicht auf die bestehende wasserrechtliche Erlaubnis zu erklären. Das LAGB prüft an Hand der vorgelegten Unterlagen, ob es sich bei der Entnahme und Wiedereinleitung des Prozesswassers um erlaubnispflichtige Gewässerbenutzungen oder aber um Maßnahmen des Gewässerausbaues handelt.

7. Festlegung:

Änderungen der Grenzen des Untersuchungsraumes Anlage 3/1 sind nicht erforderlich. Der dargestellte Untersuchungsraum ist ausreichend zur Beschreibung der Entwicklung von Sichtbeziehungen, zur Erstellung einer Lärmprognose und zur Beurteilung der Umweltauswirkungen der Transport- und Aufbereitungsanlagen.

2.4 Schutzgut Wasser

Im Rahmen des Scopingtermins erfolgte die Feststellung, dass innerhalb der Vorhabensfläche keine Oberflächengewässer liegen. Innerhalb des vorgeschlagenen Untersuchungsraum (Anl. 3/4) seien Gewässer II. Ordnung wie die Große und die Kleine Sülze, der Graben Angerstraße, der Graben zur Großen Sülze und der Grenzgraben sowie das Gewässer I. Ordnung, die Schrote zu berücksichtigen.

8. Festlegung:

Mögliche Auswirkungen der Nassgewinnung bzw. des Gewässerausbaus auf die an den Untersuchungsraum angrenzenden Schifffahrtswege (Rothenseer Verbindungskanal, Dammstrecke des Mittellandkanals, die Anlagen der Schleuse Rothensee und das Schiffshebewerk) sowie auf Dichtungs- und Spundwände sind zu untersuchen und zu bewerten.

Die Frage von Herrn Desselberger, ob der vorgeschriebene Sicherheitsabstand von 150 m zu den vorhandenen Deichen für den Hochwasserschutz eingehalten werden kann, wurde von Herrn Dr. Fahlbusch bejaht.

Die Stadt Magdeburg verwies darauf, dass der Überschwemmungsbereich der Schrote sich bis in den Vorhabensbereich erstrecken könne und die Schrote nur teilweise eingedeicht sei.

Herr Desselberger verwies unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des LHW, Flussbereich Schönebeck, dass das LHW als zuständige Behörde lediglich einen 10 m Abstand zur Schrote fordere. Der Einfluss des Vorhabens auf das Fließverhalten der Schrote sei zu untersuchen.

Herr Dr. Fahlbusch erläuterte mit Hinweis auf das hydrogeologische Gutachten von IHU aus dem Jahr 2008, dass das Vorhaben keinen Einfluss auf das Abflussverhalten der Schrote habe, aber der Kiessee sich im Hochwasserfall hinsichtlich seiner Limnologie verändern könnte.

Herr Desselberger verwies darauf, dass die vorgelegte hydrogeologische Studie von IHU offensichtlich den Wasserbehörden unbekannt sei.

Herr Dr. Fahlbusch stellte klar, dass das hydrogeologische Gutachten von IHU aus dem Jahr 2008 Grundlage der raumordnerischen Abstimmung war. Es solle jedoch im Rahmen der Erarbeitung der Unterlagen und Gutachten für das bergbauliche Planfeststellungsverfahren überarbeitet bzw. durch ein aktuelles Gutachten ersetzt werden. Dieses Gutachten werde dem RBP als Anlage beigefügt werden.

Der Verhandlungsleiter wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Grundwasserkörper und das Oberflächengewässer entsprechend der EU-WRRL zu bewerten und die Vorgaben des Bewirtschaftungsplans für das Flussgebiet Elbe (Umsetzungsphase 2016 - 2021) zu berücksichtigen seien. Darüber hinaus sei das Verschlechterungsverbot auch für Einzelparameter zu beachten.

Die LH Magdeburg forderte Aussagen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf den als Badensee genutzten Barlebener See I.

9. Festlegung:

Das vorhandene hydrogeologische Gutachten ist unter Berücksichtigung der in den Stellungnahmen und im Scopingtermin vorgebrachten Hinweise zu überarbeiten, dabei sind u. a. auch Aussagen zu der Gewässerqualität als Badegewässer zu treffen. Zu dem vom IHU vorgeschlagene Grundwassermonitoring gab es keine Ergänzungen.

Herr Harbke, unteren Naturschutzbehörde des LK Börde, forderte die Untersuchung von Auswirkungen der vom Vorhaben ausgehenden Wasserspiegelschwankungen (Vernässungen, Austrocknungen) auf angrenzende Gehölzbestände.

Herrn Dr. Fahlbusch teilte mit, dass die prognostizierten Auswirkungen als gering einzuschätzen seien.

Nach Auffassung des Verhandlungsleiters sollten zunächst einmal die Ergebnisse des neuen hydrogeologischen Gutachtens mit der Reichweite der Absenkung bzw. Aufhöhung des Wasserspiegels abgewartet werden, um dann die weiteren Auswirkungen zielgerichtet bewerten zu können.

Herr Dunz als Fachplaner bat die LH Magdeburg um die Bereitstellung aller Unterlagen bzw. Angaben zu den im Umfeld des Vorhabens vorhandenen relevanten Biotopen.

10. Festlegung:

Die Auswirkungen auf die innerhalb des Bereiches der Grundwasserschwankungen befindlichen Biotope sind zu betrachten.

11. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum in Anlage 3/4 für das Schutzgut Wasser bleibt unverändert.

2.5 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Herr Desselberger erläuterte, dass aus den Stellungnahmen Konfliktpotentiale zum Natur- und Artenschutz erkennbar seien. Er verwies darauf, dass alle im Land Sachsen-Anhalt anerkannten 14 Naturschutzvereinigungen (ANSV) den RBP im Verfahren zur Kenntnis und zur Stellungnahme erhielten. In der Beratungsunterlage zum Scopingtermin seien in Anlage 3/2 die unterschiedlichen, vorgeschlagenen Untersuchungsräume

- I für Biotoptypen, Revierkartierung und Fledermauserfassung,
- II für Horstkartierung und
- III für Wasservögel dargestellt.

Die untere Naturschutzbehörde der Stadt Magdeburg forderte eine Erweiterung des Untersu-

chungsraumes II für die Horstkartierungen nach Norden und nach Osten.

12. Festlegung:

Der Untersuchungsraum II zur Horstkartierung ist um ca. 500 m nach Norden um die Fläche zwischen Bahnlinie und der Uferzone des Barlebener Sees I und nach Osten bis an die Wiedersdorfer Straße zu erweitern (siehe Anlage 2 Hinweise und Karte der UNB, LH Magdeburg vom 09.11.2015).

Eine Erweiterung des Untersuchungsraumes I auf II zur Fledermauserfassung wurde vom Fachplaner des Planungsbüros Dr. Fahlbusch, Herrn Dunz abgelehnt. Herr Dr. Fahlbusch ergänzte, dass in diesen Bereichen keine Änderungen der Leitlinien für Fledermäuse erkennbar seien. Von der UNB der LH Magdeburg wurde dies bestätigt.

13. Festlegung:

Der Untersuchungsraum I ist für die Fledermaus ausreichend und bleibt wie in Anlage 3/2 dargestellt bestehen.

Der Hinweis der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg bezüglich des Vorkommens von Biber und Fischotter wurde von Herrn Dunz bestätigt und berücksichtigt. Eine Ausweitung des Untersuchungsraumes II auf 3.000 m um das Vorhabensgebiet wurde als unverhältnismäßig abgelehnt.

Herr Desselberger wies darauf hin, dass die Behörden verpflichtet seien, bereits vorhandene Daten bereit zu stellen und dem Planer für Abstimmungen und Rücksprachen zur Verfügung zu stehen.

Herr Dr. Fahlbusch erwiderte, dass dies insbesondere in Zusammenhang mit dem Schutzgut Boden sicher auch erforderlich sein werde.

Herr Dunz wies darauf hin, dass z. B. der „Adamsee“ für Brutvögel eine hohe Wertigkeit habe. Ggf. kommunale Grenzen überschreitende A/E-Maßnahmen werde man daher mit den zuständigen unteren Naturschutzbehörden abstimmen.

Herr Dunz erklärte weiter, dass auch eine Rastvogelkartierung durchgeführt werde.

Herr Harbke bat um Beachtung der Tatsache, dass der durch das Vorhaben eintretende Landverlust sich auf Rastvögel, wie z. B. die nordischen Gänse auswirken werde. Es sei daher erforderlich auch die Wechselbeziehungen der Nahrungsräume mit den umliegenden Seen zu betrachten.

Nach Auffassung von Herrn Dunz seien in der Vorhabensfläche nicht viele Arten brütend anzutreffen.

Die Forderungen und Hinweise aus der Stellungnahme der oberen Naturschutzbehörde beim Landesverwaltungsamt wurden von Herrn Desselberger erörtert.

Zu folgenden Sachverhalten bestanden andere Auffassungen:

Herr Dr. Fahlbusch lehnte eine Erweiterung des Untersuchungsraumes I wegen des Schutzgutes Wasser ab. Die Wasserstandsänderungen würden an der Autobahn enden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das hydrogeologische Gutachten.

14. Festlegung:

Der Verlauf der Grenzen der einzelnen Untersuchungsräume ist im RBP zu begründen.

Die Erfassung der Wasservogelfauna auf dem Barlebener See I und II erschien Herrn Dunz nicht von großen Nutzen, sie werde aber nach Möglichkeit da durchgeführt, wo das Planungsbüro nicht an privatrechtliche Grenzen (Privatgrundstücke) stoße.

Herr Desselberger ergänzte, dass auch die Auswirkungen des Vorhabens auf FFH-Gebiete und EUSPA in der Elbaue zu prüfen seien.

15. Festlegung:

Die möglichen Auswirkungen des Vorhabens auf die benachbarten FFH-Gebiete und EUSPA in der Elbaue sind im Rahmen einer FFH-Vorprüfung zu betrachten und zu bewerten.

Die Forderung der ONB, dass bei der Anwendung des Bewertungsmodells Sachsen-Anhalt für die Eingriffs-/Ausgleichsbewertung Abgrabungsgewässer mit 0 Wertpunkten zu bewerten seien, wurde wie folgt diskutiert:

Herr Desselberger verwies darauf, dass Flachwasserzonen bis zu einer Wassertiefe von 2 m in der Bilanzierung berücksichtigt werden können. Tiefwasserbereiche mit einer Wassertiefe von > 2 m seien entsprechend dem Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt mit 0 Wertpunkten zu bewerten.

Die UNB der LH Magdeburg sah das Abgrabungsgewässer generell als Lebensraum und verweist auf die Möglichkeit einer verbal-argumentativen Berücksichtigung.

Herr Harbke äußerte, dass das Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt seiner Meinung nach Schwachstellen enthalte. Der Differenziertheit der Abgrabungsgewässer werde das Bewertungsmodell nicht gerecht.

16. Festlegung:

Wenn Gewässerbereiche mit einer Tiefe von größer 2 m mit Planwerten bedacht werden sollen, muss dies entsprechend verbal-argumentativ begründet werden.

Der Hinweis des NABU Sachsen-Anhalt, dass die feuchten Stellen der Ackerflächen des Vorhabensgebietes als Brutstätten für den Kiebitz fungieren, wurde von Herrn Dunz bestätigt. Ebenso seien Vorkommen von Brutstätten der Feldlerche nicht auszuschließen. Da es sich um feuchte Flächen handele, seien jedoch entgegen den Angaben des NABU Sachsen-Anhalt keine Vorkommen von Feldhamstern und von Rebhühnern zu erwarten.

Weitere Hinweise zum Artenschutz äußerte die UNB LH Magdeburg. So seien im Lebensraum des Kiebitzes gleichfalls Wechselkröten und Unken anzutreffen. Für den Flussregenpfeifer seien Ersatzbrutflächen vor Beginn des Vorhabens anzulegen. Herr Dunz teilte mit, dass bisher im Vorhabensgebiet keine Wechselkröten und Unken angetroffen wurden, es werde aber nochmals eine Prüfung erfolgen. Die Ersatzbrutflächen für den Flussregenpfeifer würden bereits angelegt werden.

Herr Dr. Fahlbusch und Herr Dunz äußerten, dass der von der UNB LH Magdeburg geforderte Abstand von 50 m zwischen Schrote und Abbaufeld viel zu groß sei. Das LHW als hierfür zuständige Behörde fordere 10 m Abstand zwischen Schrote und dem Vorhaben. Herr Dr. Fahlbusch

wies darauf hin, dass die Landwirtschaft bis direkt an die Schrote heran pflügen und auch keine Biotope in den Übergangsbereichen vorgefunden wurden.

Die UNB LH Magdeburg bat die Auswirkungen der Einspülung der Trübe in den Barlebener See II als geschütztes Biotop zu bewerten.

Herr Desselberger erklärt der LH Magdeburg, dass die noch fehlende Stellungnahme der Stadt nachgereicht werden kann. Die Vorab-Ausführungen der UNB LH Magdeburg vom 09.11.2015 zur Vorbereitung des Scopingtermins einschließlich der Karte zu den gemeinsam abgestimmten Erweiterungen der vorgeschlagenen Untersuchungsräume wurden dem vorliegenden Vermerk als Anlage 2 beigelegt.

2.6 Schutzgut Boden

In Auswertung der zum Schutzgut Boden eingegangenen Stellungnahmen stellte Herr Desselberger fest, dass die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen nicht ausreichend seien, um den Eingriff in das Schutzgut Boden auszugleichen. Wichtig sei daher eine verbal-argumentative Beschreibung des möglichen Ausgleichs für den dauerhaft verloren gehenden Boden. Dies bedürfe einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Sachverhalt.

Der Verhandlungsleiter wies auf die Handlungsempfehlung zum Bodenfunktionsbewertungsverfahren des LAU hin (siehe Homepage des LAU). Darüber hinaus benannte er Herrn Dr. Helbig als Ansprechpartner im LAGB und verwies auf Literaturquellen, die dem Unternehmen vom LAGB mitgeteilt werden könnten. Möglicherweise sollte auch recherchiert werden, wo Entsieglungsmaßnahmen möglich seien, die als Ausgleich für den Eingriff angerechnet werden können.

Da durch den Abbau grundeigener Bodenschätze dauerhaft eine Fläche von ca. 80 ha der Landwirtschaft entzogen werde, bedürfe nach Auffassung von Herrn Dr. Fahlbusch einer privatrechtlichen Lösung. Ggf. sei es dem Unternehmen möglich der Landwirtschaft andere Flächen als Ersatz zur Verfügung zu stellen bzw. durch geeignete Maßnahmen aufzuwerten.

17. Festlegung:

In der Eingriffsbilanzierung ist das Schutzgut Boden gesondert zu berücksichtigen. Um der Bedeutung des Bodens hinreichend gerecht zu werden, sei die Eingriffsbewertung um eine verbal-argumentative Bewertung der Bodenfunktion zu ergänzen.

18. Festlegung:

Als Anlage zum RBP ist ein Bodensicherungs- und Verwertungskonzept zu erarbeiten.

19. Festlegung:

Der Untersuchungsraum für das Schutzgut Boden (Anlage 3/3) bleibt auf die Eingriffsfläche beschränkt.

2.7 Schutzgut Landschaft

20. Festlegung:

Der Untersuchungsraum für das Schutzgut Landschaft (siehe Anlage 3/5) erscheint ausreichend. Die Begrenzung wurde an Hand der vorhandenen örtlichen Gegebenheiten Wege, Infrastruktur vorgenommen. Im RBP sind die möglichen Beeinträchtigungen der Sichtbeziehungen zu betrachten.

Dieser Feststellung des Verhandlungsleiters stimmten der LK Börde und die Stadt Magdeburg zu.

2.8 Schutzgut Sach- und Kulturgüter

2.8.1 Sachgüter

Herr Desselberger wies zunächst auf die Beachtung der im Rahmen des Scopingtermins vorgelegten Stellungnahmen der Medienversorger hin, so z. B. auf das Vorhandensein einer Gasleitung einschließlich weiterer Anlagen der Fa. ONTRAS und Anlagen der Fa. GasLine sowie Ver- und Entsorgungsleitungen der SWM.

Herr Dr. Fahlbusch versicherte, dass die Informationen zu den vorhandenen Versorgungsleitungen Eingang in die Antragsunterlagen finden werden.

21. Festlegung:

Die im Vorhabensgebiet vorhandenen Leitungstrassen sind hinreichend zu berücksichtigen. Die aktuellen Daten sind bei den jeweiligen Medienbetreibern abzufordern.

Laut Herrn Dr. Heidecke werden keine Ersatzwege benötigt. Die Zufahrt zum Vorhaben solle über den Wiedersdorfer Weg zum nicht öffentlichen Burgenser Weg erfolgen. Der im südlichen Abbau-feld befindliche Weg habe keine Erschließungsfunktion. Das Unternehmen werde den im Weg von der Stadt Magdeburg erwerben. Dieser Sachverhalt wurde von der Stadt Magdeburg bestätigt.

2.8.2 Kulturgüter

Die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg verwies in ihrer Stellungnahme auf das mögliche Vorhandensein von Archivböden innerhalb der Fläche.

Herr Planert vom LDA erläuterte kurz den Inhalt der Stellungnahme des LDA. Danach sei die Fläche bis ins Mittelalter eine dicht besiedelte Fläche gewesen. Es gebe mittelalterliche Fundstellen (Burgwall, Wüstungen). Weitere Fundstellen seien zu erwarten. Die der Beratungsunterlage als Anlage 3/6, Blatt 2 beigefügte Karte sei aktuell und verbindlich. Es bestünde das Erfordernis der Erteilung von Genehmigungen gemäß § 14 Abs. 1 und Abs. 2 DenkmSchG.

Herr Dr. Fahlbusch und Herr Dr. Heidecke teilten mit, dass eine Rahmenvereinbarung mit dem LDA angestrebt werde, welche u. a. Regelungen zum Umfang und zum zeitlichen Ablauf der notwendigen Untersuchungen und Maßnahmen zum Inhalt habe.

Die Stadt Magdeburg bat diesbezüglich um die Einbeziehung der unteren Denkmalschutzbehörde (UDB).

Herr Desselberger erklärte, dass er von der UDB erwarte, dass die ggf. in den Beschluss aufzunehmenden denkmalschutzrechtlichen Nebenbestimmungen entsprechend begründet werden. Dem RBP die o. g. Rahmenvereinbarung bereits als Anlage beizufügen, sei jedoch die beste Variante zur Regelung der denkmalschutzrechtlichen Genehmigung.

2.9 Schutzgut Klima und Luft

siehe Pkt. 2.3 Schutzgut Mensch

3. Zusammenfassung der dem RBP beizufügenden Gutachten und Genehmigungsanträge

Dem Rahmenbetriebsplan sind folgende Unterlagen und Gutachten als Anlagen beizufügen:

- Hydrogeologisches Gutachten (mit Bewertung der Auswirkungen der Grundwasserfreilegung durch den Kiesabbau auf den Mittellandkanal, Rothenseer Verbindungskanal, auf die Schleuse Rothensee und das Schiffshebewerk sowie auf die Oberflächengewässer Schrote, Große Sülze, Magdeburger-Barleber Seenplatte und auf den umliegenden Gehölzbestand),
- Lärmprognose / Schalltechnisches Gutachten
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (einschließlich Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, Meldebogen Eingriffsregelung Teil 1 und Maßnahmeblätter für die einzelnen Kompensationsmaßnahmen entsprechend RdErl. des MLU, MI, MW und MBV vom 27.07.2005 – 42.2-22301/3 (MBL LSA Nr. 43/2005 vom 29.08.2005)),
- FFH-Vorprüfung (ggf. FFH-Verträglichkeitsprüfung),
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag,
- Bodenbewertung, Bodensicherungs- und Verwertungskonzept,
- Massenbilanzen,
- Rahmenvereinbarung zwischen LDA, UDB und Unternehmen zur Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Kulturdenkmälern im Sinne von § 14 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA und
- Grunderwerbskonzept, Flurstückskarten.

Eine namentliche Auflistung aller Grundstückseigentümer einschließlich deren bekannter Adressen ist dem LAGB gesondert zu übergeben.

Für die im bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren zu konzentrierenden Genehmigungen sind dem Rahmenbetriebsplan folgende Antragsunterlagen beizufügen:

- Antrag auf Eingriffsgenehmigung gemäß § 17 BNatSchG,
- ggf. Anträge auf artenschutzrechtliche Ausnahmen und/oder Befreiungen gemäß § 45 BNatSchG und/oder § 67 BNatSchG,
- Antrag auf Genehmigung des Gewässerausbaus gemäß § 68 WHG,
- ggf. Erteilung einer wasserrechtlicher Erlaubnis für die erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung,
- Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 14 Abs. 1 und/oder Abs. 2 DenkmSchG LSA,
- ggf. Antrag auf Befreiung von den Verboten der LSG-VO „Barlebener-Jerslebener See mit Elbeniederung“ von 1964.

Die entsprechenden Anträge sind jeweils als separat formulierte Anträge dem RBP beizufügen.

3.1 Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 25 Abs. 3 VwVfG

Herr Desselberger wies auf eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne von § 25 Abs. 3 VwVfG hin. Die Art und Weise bzw. die Form bleibe dem Unternehmen vorbehalten. Allerdings sollte eine entsprechende Dokumentation bzw. ein Protokoll darüber geführt werden. Die Ergebnisse seien dem LAGB bekannt zu geben.

Herr Dr. Fahlbusch teilte mit, dass die Öffentlichkeit über die Homepage des Unternehmens sowie über lokale Zeitungen/Zeitschrift informiert werde. Als Zeitpunkt sei der Januar 2016 vorgesehen.

4. Organisatorisches / Sonstiges

Der Inhalt, der Ablauf und die Ergebnisse des Scopingtermins sind Bestandteil dieses Vermerkes und gehen den Anwesende zu.

Hinweise:

Alle vorliegenden und mündlich vorgebrachten Stellungnahmen sind bei der Aufstellung des obligatorischen Rahmenbetriebsplans, der Gutachten und der Antragsunterlagen weitestgehend zu beachten.

Die verwendeten Daten, Gutachten und sonstigen Unterlagen sind vor ihrer Verwertung für die Antragsunterlagen durch das Unternehmen bzw. dem beauftragten Planverfasser auf ihre Aktualität und Aussagefähigkeit für das Vorhaben zu prüfen.

Gesetzliche Grundlagen sind in der jeweils geltenden aktuellen Fassung anzuwenden.

Die kartografischen Darstellungen sind so zu gestalten, dass eine eindeutige thematische Differenzierung der dargestellten Sachverhalte möglich ist. Die Übersichtskarten, Risse, Pläne und Luftbilder sind mit Koordinatengittern zu versehen. Lageangaben haben im Gauß-Krüger-Koordinatensystem, Bessel-Ellipsoid (Lagestatus 110) zu erfolgen. Entsprechend der jeweiligen Thematik sind für die Karten geeignete Maßstäbe auszuwählen. Die in den Darstellungen verwendeten Symbole, Signaturen und Abkürzungen sind in der Legende zu erläutern. Angaben zu Kartengrundlagen, Quellen, Karten- und Bearbeitungsstand, Lage- und Höhenbezugssysteme sowie katasterrelevante Angaben sind im Kartenrahmen zu vermerken.

Dem Rahmenbetriebsplan ist gemäß § 57a Abs.2 BBergG ein zur Auslegung geeigneter Plan und eine allgemein verständliche Zusammenfassung der beizubringenden Angaben vorzulegen. Das LAGB entscheidet, wann die Unterlagen vollständig sind und das Planfeststellungsverfahren eröffnet werden kann.

Halle/Saale, den 15.12.2015

Im Auftrag


Desselberger
Verhandlungsleiter
Vainer
Schriftführerin
Kießling
Schriftführer

Anlagen:

- Anlage 1: Liste der Teilnehmer am Scopingtermin 19.11.20015
- Anlage 2: SN der LH Magdeburg, UNB vom 09.11.2015 und Karte mit der im Rahmen des Scopingtermins am 19.11.2015 abgestimmten Untersuchungsraumerweiterung für das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Anlage 1

Teilnehmerliste zum Scopingtermin am 19.11.2015 im Verfahren

Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren Kiessandtagebau Magdeburg Großer Anger der Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co. KG

Ort: Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB),
Raum 601,
Köthener Straße 38,
06118 Halle a. d. Saale

Beginn: 10:00 Uhr
Pause: — bis — Uhr
Ende: 13:05 Uhr

lfd. Nr.	Name, Vorname	vertretene Stelle ggf. Position im Verfahren	Anschrift Telefonnummer
1.	Heidecke, Claus	GF Kies- und Baustoffwerke Barleben	91/300-250 Wiedersdorfer Str. 3 39126 Magdeburg
2.	Fahlbusch, Dr. Martin	Dr. Fahlbusch Partner für Antragsstellen	Sorge 29 38678 Clausthal-Zellerfeld 05323/71583-0
3.	Walter, Jost	LAU Stst	0345 5704213
4.	Winkler	LAGB D13	0345/5212-230
5.	Vainer	LAGB D33	0345/5212-156
6.	WREDETHUMMER, JURIXHART	LH MAGDEBURG STADTPLANUNG UND UNTERE LANDESENTWICKLUNG	ANDERSTEIN- WUHL 6 39128 MAGDEBURG
7.	Dücker, Rainer	LH Magdeburg lokale Bodenschutzbek.	Julius-Bremer-Str. 8-10 39104 Magdeburg 0391/540-2715
8.	Briem, Margret	LH Magdeburg untere Naturschutz- Behörde	Julius-Bremer-Str. 8-10 39104 Magdeburg 0391/540 2607
9.	Günter, Dennis	LH Magdeburg untere Wasserbehörde	Julius-Bremer-Str. 8-10 39104 Magdeburg 0391/540 2565

lfd. Nr.	Name, Vorname	vertretene Stelle ggf. Position im Verfahren	Anschrift Telefonnummer
10.	Baizer, Gert	LAGB D23	0391/53579-506
11.	Harpke, Helmut	LK Börde Untere Wasser- behörde	03904/7240-4131
12.	Dickmann, Andrea	LK Börde Untere Wasser- behörde	03904 / 7240-4334
13.	Planert, Martin	LDA LSA	0345/5247427
14.	Denz, Thorsten	Dr. Foh/boes + Partner	05323 / 715830
15.	Kießling, Sebastian	LAGB, B033	0345/5212-204
16.			
17.			
18.			
19.			
20.			
21.			

LA Magdeburg

Amt 31

untere Naturschutzbehörde, Landschaftspflege

Magdeburg, 09.11.2015

Bearbeiter: Fr. Priemer

Kies- und Sandtagebau im Feld „Großer Anger“
hier: Scoping-Termin

1. Untersuchungsraum

- Erweiterung des Untersuchungsraums bezüglich Horstkartierung (bis Wiedersdorfer Straße und nördlich bis zum Waldgebiet an der am weitesten westlich auskragenden Seestelle), Wasservögel (bis Barleber See II, da hier weiterhin Nutzung des Kieswerkes mit Einspülung in den See)
- Amphibienkartierung
- Heranziehen von Tierarten durch neue Lebensräume
- Abbaufeld bis 30 m an die Schrote, zu dicht, besser 50 m, Schrote liegt höher als der Wasserspiegel des Kieselsees
In der Vorabsprache vor einigen Jahren war von 50 m die Rede

Klärung der Auswirkungen Kieselsee-Schrote bei Hoch- und Niedrigwasser, Wasserabzug aus der Schrote-Auswirkungen auf die Biotope und darin lebende Tierarten; Trockenfallen bei Niedrigwasserstand?

2. Artenschutz

- **Vorkommen von Kiebitzen und Flussregenpfeifern, Ersatzbrutflächen müssen vor Beginn der Auskiesung bereitstehen in der Nähe**

3. Lagerung des Bodens

Wo und wie soll der Boden gelagert werden, ein Großteil wird nicht mehr benötigt, welche Verwertung des Oberbodens (Schwarzerde)

4. Neugestaltung und Wiedernutzbarmachung

- Südsee mit Rundweg nicht so gestalten, dass bei einer Erholungsnutzung Tierarten durch die Ufergestaltung herangezogen und durch die Besuchernutzung gestört werden
- wohin wird die Stromleitung verlegt?, so dass keine Todesfalle für anfliegende Wasservögel Südlich der A 2 wäre günstig
- entgegen Forderung vom Planungsamt keine Erholungsnutzung am Nordsee (Negativ-Beispiel Südstrand Barleber See II), Erholungsgebiet ist Barleber See I, Rundweg am Barleber See II und am Südsee
- wann beginnt die Wiederherstellung der Ufer
die meisten Maßnahmen sind am Ostufer angedacht, wo zuletzt ausgekieset und damit auch zuletzt neu gestaltet wird

- Einspülung am Barleber See II - welche Auswirkungen?

- Landesplanung

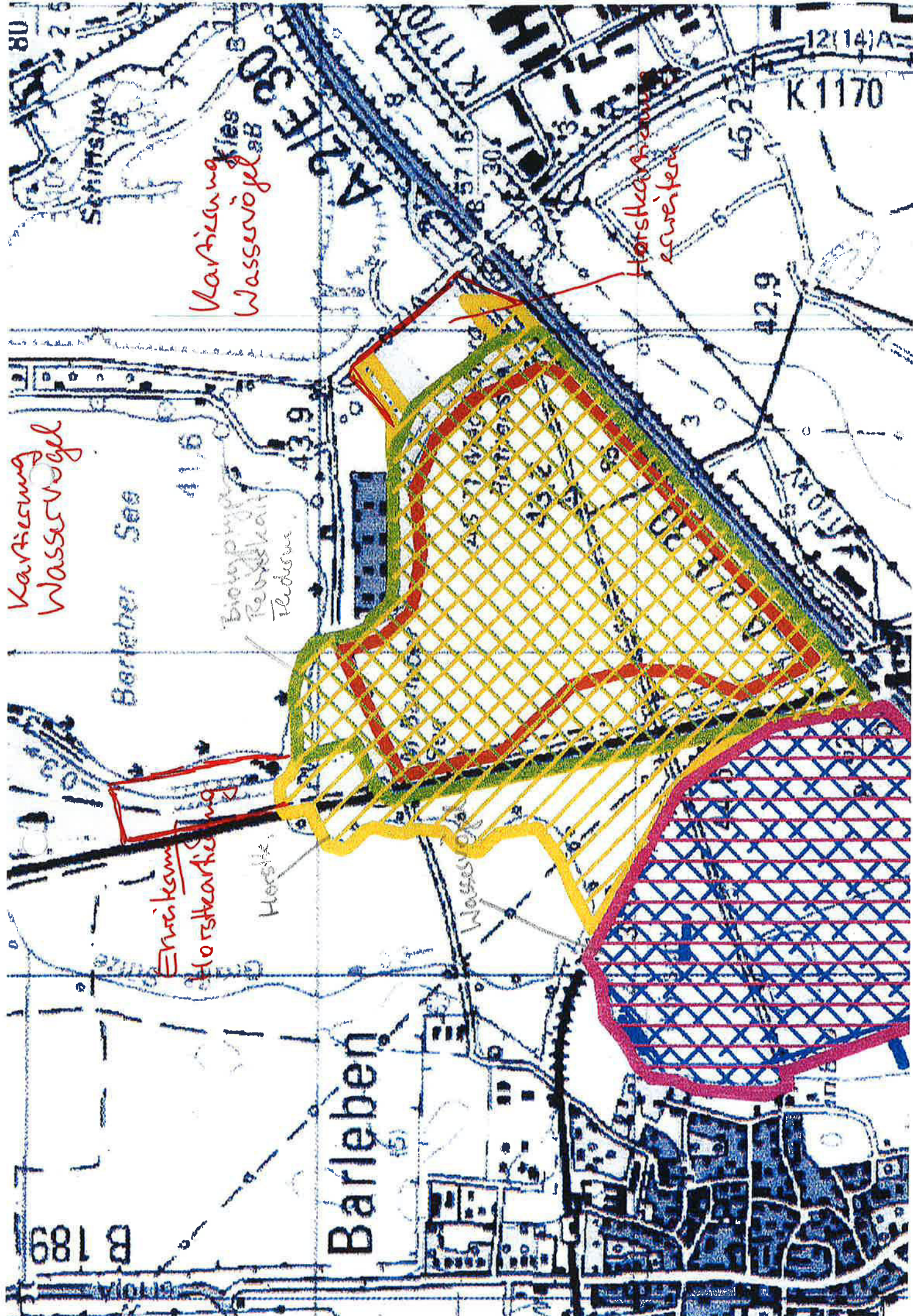
- LSG \rightarrow keine Vorrangziele, die der Planung entgegen stehen
- \rightarrow Befreiung LSG \rightarrow Bündelung im künftigen LAGB
- Folgeentscheidungen in Vorbereitung des Rahmenabwirtsplans
wird mit LHM abstimmen,
- LPV grüne Umwelt.
- Biotoptypenkartierung wird von I auf II erweitert
- Kartierung Herbskartierung wird erweitert, wie gewünscht
- Wechselwirkung zwischen Biotop und gestörten Biotopen

Kartierung
Wasser Vogel

Kartierung des
Wasser Vogel

Horstkartierung
erweitern

Erweiterung
Horstkartierung



Barleben

Barleber See

Biologische
Reinhalte
Fluss

Horst

Wasser Vogel

K 1170

42,9

45,2

45,7

43,2

43,9

41,6

12(14)A

B 189